

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Telefon Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 1530  
Carlstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 155.

Mittwoch, 7. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauber und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe von Anzeigen in mehreren Nummern. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Einheitsfront der Rechtsparteien.

Von unserem Berliner Vertreter.

Ein Aufruf des Reichert von Gans und des Oberbürgermeisters Dr. Jarres an die Führer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zur Bildung einer Einheitsfront der Rechtsparteien ist ohne vorherige Rücksichtnahme mit den obersten Parteianstalten erfolgt. Die beiden in Betracht kommenden Parteien haben sich sofort mit der Angelegenheit beschäftigt und zu der Anregung Stellung genommen. Auf allen Seiten begrüßen es die Führer, daß der Sammelruf erfolgt ist und daß der Zwist, der nach dem Austritt der Deutschnationalen aus der Regierungskoalition im Reich die einseitigen hatte, beseitigt werden kann. Zuerst einmal fragt man auf beiden Seiten nach dem Ziel des Zusammenschlusses. Es sind monarchoide Gründe hierfür anzuführen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist der erste Anlauf zu dem Schritt gewesen; man glaubt, daß durch das Zusammengehen zweier Parteien die Wählerkraft wesentlich vergrößert wird und hofft, daß der Front sich weitere Parteien anschließen werden. In Frage kämen die bürgerlichen Parteien von der Bayerischen Volkspartei bis zu den Demokraten. Eine gemeinsame Politik aller dieser Parteien käme dem Ideal der Deutschnationalen gleich, das sie vor Augen hatten, als sie sich angeschlossen, eine Regierungspartei zu werden mit dem Ziel der Bildung eines Bürgerblocks unter deutschnationaler Führung. Diese Bürgerblock-Politik der Deutschnationalen war wiederum nötig, um das Zweiparteien-System auch in Deutschland einzuführen. Der industrielle Flügel der Deutschnationalen hätte diese Entwicklung besonders begrüßt, da es auf die Dauer sich als unmöglich erwies, bei den gleichgerichteten wirtschaftlichen Interessen mehrere rechtsgerichtete Parteien in Deutschland zu haben.

Bei Überprüfung dieser vielen Lösungsmöglichkeiten löst man bald auf große Widerstände, die in der Struktur der beiden Rechtsparteien begründet liegen. Der Eintritt einzelner liberaler Individuen in die Deutschnationale Volkspartei hat keineswegs vermocht, an dem konservativen Charakter der Partei etwas zu ändern, während die Deutsche Volkspartei in ihrer Weltanschauung rein liberal geblieben ist und sich von konservativen Elementen ziemlich rein gehalten hat. Die Vermischung des Liberalismus und des Konservatismus ist ebenso unendlich und unfruchtbar, wie die dauernde Verbindung der beiden Parteien, die die beiden Weltanschauungen vertreten. Es könnte sich bei einer Einigung der beiden Rechtsparteien tatsächlich nur um eine vorübergehende Tat handeln, die bei Wahlen und Publikationen verschiedener Art von Nutzen sein kann. Die Deutschnationalen scheinen das auch erkannt zu haben, denn der Parteivorstand, der sich am Dienstag eingehend mit der Frage der Einheitsfront beschäftigt hat, aber eine Verlautbarung heraus, nach der es infolge der Abwesenheit der Parlamentarier von Berlin unmöglich sei, die Möglichkeiten zu prüfen, weshalb die Frage der Einheitsfront bis zum Herbst vertagt werden mußte.

Auch die anderen Parteigruppen bringen der Anregung der beiden oben genannten Parteien das notwendige Interesse entgegen. Besonders das Zentrum sieht sich veranlaßt, auf die Unmöglichkeit der Durchführung einer reinen Bürgerblockpolitik aufmerksam zu machen. Der Traditionsentsprechend will die Partei sich weder nach rechts noch nach links festlegen und wird daher darauf bestehen, auch in Zukunft eine Mittelpartei zu bleiben, selbst wenn die Deutsche Volkspartei die Regierungskoalition verlassen sollte, um mit den Deutschnationalen gemeinsame Sache zu machen. Bei den gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland ist es ganz undenkbar, daß das Zentrum eine gegen die Sozialdemokraten ganz offensichtlich gerichtete Politik mitmachen kann. Ebenfalls wird es darauf bestehen wollen, des linken Arbeiterschlages verlustig zu gehen, um der rechten Seite Konzeptionen zu machen. In jedem Falle bedeutet jetzt eine Klärung mit rechts den Zerfall der Partei, wodurch auch eine Führerrolle im Bürgerblock hinfällig werden würde. Vielleicht kann man nach einigen Jahren wieder einmal beim Zentrum anknüpfen, um festzustellen, ob die Türen geöffnet werden können. Auch die Demokraten sehen sich nicht in der Lage, dem Zweiparteien-System in Deutschland das Wort zu reden, ihre Bestrebungen gehen vielmehr dahin, die liberalen Kräfte in Deutschland zu sammeln und zur Entfaltung zu bringen.

## Der Vergleich mit den Hohenzollern.

qu. Berlin. Die Preussische Staatsregierung wird, wie wir hören, heute Mittwoch zu der Anregung des Bevollmächtigten des Hohenzollernhauses, Herrn von Berg, die Verhandlungen über Abfindung des Fürstentums voranzutreiben, Stellung nehmen. Nachdem der Ministerpräsident und der Innenminister sich im Reich so sehr für die Annahme des Regierungskommissars in der sozialdemokratischen Fraktion eingesetzt haben, wird das Kabinett in Preußen die Gelegenheit benutzen, um seinerseits die Auswanderungsfrage zu regeln, falls ein Vergleich zustande kommt, der die preussischen Finanzen in keiner Weise schädigt. Andererseits wird die preussische Regierung die Verhandlungen dem Reichskabinett überlassen und mitteilen, daß sie an weiteren Verhandlungen mit dem Hohenzollernhaus kein Interesse habe. Die preussische Regierung wird vor den Sommerferien die Führer der Koalitionsparteien über ihre

Ansichten informieren und die Wünsche der Parteien entgegennehmen. Man versteht sich nicht, daß durch eine Regelung in Preußen die Hauptchwierigkeiten für ein Wiedererlangen des Reiches mit den Fürstentümern beseitigt würde, und daß damit die weiter drohende parlamentarische Krise im Herbst als überwunden gelten kann.

## Stabilisierungskonferenz in Paris.

qu. Wir erfahren von bestinformierter Seite, daß die Gerüchte von einer bevorstehenden Reise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auf eine Anregung des Gouverneurs der Amerikanischen Staatbank zurückzuführen sind, die vorschlägt, in Paris eine Stabilisierungskonferenz abzuhalten. Auf ihr sollen die Probleme der europäischen Währungen geprüft und Mittel ausfindig gemacht werden, sie stabil zu erhalten. Die Amerikaner haben an den europäischen Währungen wegen der starken Investierung ihrer Gelder in Europa ein dringendes Interesse. Sie werden infolge dessen durch Anleihen und Unterstützungsaktionen versuchen, die kranken Währungen wieder zu heilen, damit der Zinsdienst ihnen nicht verloren geht und die Gefahr beseitigt wird, daß sie auch des Kapitals verlustig gehen.

Dr. Schacht befindet sich gegenwärtig im Urlaub in einem holländischen Nordseebade. Auf Anfrage wurde uns versichert, daß er nicht gebräut, seinen Urlaub zu unterbrechen, um nach Paris zu fahren. Die amerikanischen Pläne dürften auch so bald nicht verwirklicht werden, nachdem sie erst jetzt den amtlichen Stellen der europäischen Staaten zur Begutachtung unterbreitet worden sind. An der Konferenz sollen sich die Leiter der Staatsbanken Europas beteiligen. Außerhalb dieser Aktion wird Dr. Schacht sich nicht nach Paris begeben. Falls direkte Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den Berliner zuständigen Stellen notwendig werden sollten, so wird man wahrscheinlich eine andere Persönlichkeit als Dr. Schacht beauftragen, die Stellungnahme der deutschen Regierung zur Sanierung des französischen Franken zu überbringen und zu begründen.

## Caillaux vor der Kammer.

\* Paris. Die gestrige Kammer Sitzung wurde vor einem zahlreich erschienenen Publikum eröffnet. Die Rede Caillaux wurde mit größtem Stillschweigen angehört. Caillaux begann mit der Feststellung, daß die Regierung dem Sachverständigenbericht ausstimmig die Absicht habe, sie sei jedoch nicht gewillt, den Sachverständigenplan ungeprüft anzunehmen.

Caillaux wendet sich dann gegen gewisse Steuern und Vorschläge der Sachverständigen, denen er nicht glauben zu können. Zur Entlastung der Verpflichtungen des Schatzamtes müsse, so erklärt Caillaux, zu einer Anleihe Zuzug genommen werden. Zur Deckung der sonstigen Ausgaben müßten neue Steuern aufgelegt werden. Die Regierung werde bei der Auslegung neuer Steuern vier Hauptgesichtspunkte berücksichtigen müssen: 1. Die notwendigen Steuern müßten erbringen 1 Milliarde für die Beamten, 500 Millionen für die Honorarhaltung an die Bank, ebensoviel für die Amortisierung von kurzfristigen Anleihen und weitere 500 Millionen für die Stabilisierung. 2. Müßte ein enger Zusammenhang zwischen den Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung der Preisänderungen geschaffen werden. 3. gelte es, übermäßige Höhe gewisser Steuern zu reduzieren (Beisfall) und 4. müßte eine Vereinfachung des gegenwärtigen Steuerrechts herbeigeführt werden. Ueber die Lage des Schatzamtes machte Caillaux folgende Angaben: Die innere Schuld betrage insgesamt 28 Milliarden Franken, mit der Ausgabe für die befreiten Belgier 300 Milliarden Franken. Die Lage des Schatzamtes sei besonders durch die zahlreichen kurzfristigen Verpflichtungen erschwert. Es beständen zwei Lösungsmöglichkeiten und zwar entweder eine erzwungene Konsolidierung oder Rückhaltung. Caillaux verurteilte die erzwungene Konsolidierung, die auch von den Sachverständigen einstimmig abgelehnt worden ist. Er schlug als Lösung die Schaffung einer besonderen Kreditlinie vor. Was die kurzfristigen Bonds angeht, so plane die Regierung die Bildung einer Aktiengesellschaft.

Im weiteren Verlauf seiner Rede besprach Caillaux erneut die Lage des Schatzamtes und kam dabei zu vernichtenden Feststellungen. Die Korhäufe der Bank von Frankreich an den Staat hätten die Maximalgrenze erreicht. Das Schatzamt verfüge nur noch über ein Konto von 500 Millionen, ohne den teilweisen Verkauf der Morgengoldleihen die Vorkasse um über eine Milliarde überschritten. Die auswärtige Goldschuld betrage insgesamt 18945 Millionen, für die jährlich 4 Milliarden Zinsen gezahlt werden. Frankreich sei anherkande, die Zinsen weiter zu zahlen, wenn das Pfund Sterling weiter steigen oder wenn es keinen Kredit im Ausland erhalte. Im August müßten 8 Millionen Pfund Sterling, d. h. also 1200—1300 Millionen Franken gezahlt werden. Die Regierung beabsichtige, dem Parlament das Problem der auswärtigen politischen Schuld in zusammenhängender Darstellung zu unterbreiten. Caillaux wendet sich nach einer Pause dem Problem der Stabilisierung zu. Er betonte, daß der Zusammenbruch der nationalen Währung die Hauptgefahr sei. Es wäre unklug, wenn man eine völlige Wiederanrichtung des Franken erstreben wolle. Der

Regierung komme es im gegenwärtigen Augenblick nur auf das eine an, nämlich den Frankensfuß anzuhalten. Die wichtigste Bedingung sei, daß sämtliche Hilfsquellen der Nation aufgewendet würden. Caillaux richtete an die Kammer einen Appell zur Einigkeit. Weiter erwähnte der Finanzminister die neuen Ersparnismaßnahmen im Staatshaushalt und erklärte, die Regierung wüßte die Vollmacht, die in einem besonderen Gesetzentwurf angedeutet werden sollten. (Zuruf: Sie oder die Regierung?) Caillaux: Die Regierung verlangt von Ihnen, insofern geht es um die Finanzen der Nation wieder anzurichten. Welches System Sie auch einschlagen mögen, so sind öffentliche Wohlfahrtsausführungsmethoden unvermeidlich. (Beifall und Bewegung.) Caillaux schloß mit der Feststellung, daß die allgemeine Gesundheitsbilanz nicht im Gleichgewicht sei und Frankreich seinen Wohlstand von 1914 nur durch die Aufnahme auswärtiger Kasseien wieder erreichen könne. — Nach Caillaux kamen dann die einzelnen Interpellationen zu Wort. Der Eindruck der Rede Caillaux ist günstig. Die Kritik des Finanzministers an dem Sachverständigenbericht erregte sich auf verschiedene Punkte u. a. auch auf die von den Sachverständigen vorgeschlagene Verwendung der Dawesleistungen, die auf ein besonderes Konto bereits eingezahlt werden sollen.

## Das Arbeitsergebnis der Unterkommission in der vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

\* Genf. Die Unterkommission A der vorbereitenden Abrüstungskonferenz für Geres-, Flotten- und Luftfragen hat ihre Arbeiten beendet und sich auf den 2. August vertagt. Sie nahm in erster Lesung mit Stimmenmehrheit den Text der Antworten auf diejenigen Fragen an, die ihr von der vorbereitenden Abrüstungskommission unterbreitet worden waren. Die deutsche Delegation hat fast zu allen Punkten Vorbehalte vorgebracht, da sie sich mit der Behandlung der meisten Fragen nicht einverstanden erklären konnte. Genau genommen ist es ein Übelstand, derart schwerwiegende Probleme durch Stimmenmehrheit, wie es im Völkerbund allgemein üblich ist, entscheiden zu lassen, sobald die Stimme eines 6 Millionen-Staates ebenso schwer ins Gewicht fällt wie die Stimme einer Großmacht allerersten Ranges. Aber nicht nur Deutschland ist fortwährend überstimmt worden, sondern auch England und die Vereinigten Staaten wurde dieses Schicksal häufig, vor allem in den Flottenfragen zu teil, in denen es Frankreich und Italien gelang, mit ihren kontinentalen Trabanten gegen die ersten Seemächte der Welt wichtige Beschlüsse durchzusetzen.

Bedeutung ist weiterhin, daß eine Reihe von Entschiedenungen gefällt wurden, die dem Washingtoner Flottenabkommen direkt widersprechen und es somit Frankreich und Italien gelungen ist, die ersten Schritte zur Lösung ihrer in Washington eingegangenen Verpflichtungen zu tun.

In der Frage des Kriteriums für Seekriegskräfte sind England, die Vereinigten Staaten, Argentinien und Chile gegen die Stimmen aller kontinentalen und der kleineren Seemächte unterlegen. Es ist falsch, anzunehmen, daß sie sich dieser seltenen Mehrheit einfach fügen werden. Auch Japan hat sich ihnen angeschlossen, doch mehr aus taktischen als aus sachlichen Gründen. Wichtig erscheint es weiterhin, daß es Frankreich auch gelungen ist, überall dort seinen Standpunkt durchzusetzen, wo es sich um eine Schwächung der deutschen Position und eine Stärkung der französischen handelt. Wir nennen vor allem die Frage, ob die Kisten und das gesamte Kriegsmaterial als Vergleichskriterien zu bewerten seien. Da ein Verzicht von Kisten und gelagerten Material Frankreichs Position schwächt und Deutschland stärken würde, so lehnte Frankreich die Ablehnung dieser Vergleichskriterien durch, denn Deutschland besitzt weder das eine noch das andere und würde bei einem derartigen Vergleich gut abscheiden.

## Dr. Luther

### Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn.

(Berlin. Die Reichsregierung hat am 5. d. Mts. beschlossen, den Reichskanzler a. D. Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn zu ernennen.

### Die Aufgaben der Reichsbahn.

Der Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn, Dr. von Siemens, führte in seiner Rede auf dem Festessen im Hamburger Rathaus u. a. aus: Die wirtschaftlichen Aufgaben der Reichsbahn gliederten sich in drei Hauptgruppen: 1. Verjüngung und Abtragung der durch das Reichsbahnvermögen sichergestellten Schuld, 2. in die Verpflichtung, den Betrieb so zu führen, daß er die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft unterstütze und 3. die Einrichtungen dem Stande der Technik und des Verkehrs stets angepaßt zu erhalten. Er sei überzeugt, daß es bei geordneter und ungehörter Geschäftsführung der Gesellschaft möglich sei, selbst in wirtschaftlich ungünstigen Jahren bei sparsamer Wirtschaft den übernommenen Schuldenverpflichtungen gerecht zu werden.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade  
Riesa a. Elbe. Fernruf 48.